

Ja zu einer modernen Rüstung

Autor(en): **Forster, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **171 (2005)**

Heft 9

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-69894>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ja zu einer modernen Rüstung

Das Unternehmerforum Lilienberg setzte seine Gesprächsreihe «Ja zu einer starken Armee» am 24. Mai 2005 mit einer Veranstaltung zur modernen Rüstung fort. Brigadier Walter Knutti vertrat die Luftwaffe. Brigadier Roland Nef legte den Standpunkt des Heeres dar. Nationalrat Edi Engelberger bezog Stellung aus der Sicht des eidgenössischen Parlamentariers.

Peter Forster

Brigadier Knutti, der Stabschef der Luftwaffe, trat auf den Parlamentsentscheid ein, zwei Transportflugzeuge nicht zu beschaffen: «Unserem Staat fehlt somit nach wie vor ein Mittel, um in Krisengebieten Schweizer zu evakuieren. Wollen wir das wirklich? Über kurz oder lang wird sich unsere Politik damit beschäftigen müssen, ob die Schweiz als Staat auf hoheitliche Transportflugzeuge verzichten kann oder nicht.»

Knutti: Ausbildungszeiten

Zu den Kampfflugzeugen führte Knutti aus: «Es wird dereinst darum gehen, über einen wie auch immer gearteten Ersatz für unsere 54 Tiger-Maschinen zu entscheiden. Es geht dann nicht darum, ob unsere Piloten ein neues Spielzeug erhalten; es geht vielmehr darum, was unser Staat zum Schutz des Luftraums und somit zum Schutz aller Einwohner dieses wunderbaren Landes gewillt ist zu investieren.»

Im Klartext nahm Knutti Stellung zum Thema Aufwuchs: «Die Luftwaffe ist in einem Hightech-Bereich tätig. Wir rechnen mit Ausbildungszeiten von vier bis zwölf Jahren, je nach Spezialisierungsgrad. Wenn die Ausbildungszeit als kritischer Erfolgsfaktor des Aufwuchses länger dauert als die



zur Verfügung stehende Reaktionszeit, so bedeutet das: Die Grundbereitschaft muss der Einsatzbereitschaft entsprechen. Es darf also keine Fähigkeitslücke entstehen.»

Die Luftwaffe sei gezwungen, ihren Ausbildungsstand so hoch zu halten, dass sie auch in zehn Jahren ihren Auftrag glaubwürdig erfüllen könne. Überdies müsse sie

darauf aufmerksam machen, «dass 33 baugleiche Kampfflugzeuge der vierten Generation dies nicht in alle Ewigkeit allein bewältigen können».

Nef: Aufwuchskern

Brigadier Roland Nef, der Kommandant der Panzerbrigade 11, legte die Konsequenzen dar, die der Bundesratsbeschluss vom 11. Mai 2005 mit sich zieht. Auch er setzte einen Akzent zum Thema Aufwuchs. Zwei Bedingungen müssten erfüllt sein: «Der Aufwuchskern muss erstens komplett



sein. Er muss alle Elemente enthalten, die für eine Verteidigungsoperation nötig sind, wenn auch quantitativ stark redimensioniert. Es geht darum, den Aufwuchskern Verteidigung als gesamtes System auszubilden und im Verbund bis Brigadestufe zu schulen. Dazu bedarf es der gesamten Fähigkeitspalette für das Gefecht der verbundenen Waffen. Der Aufwuchs kann nicht von null aus erfolgen.»

Als zweite Bedingung nannte Nef die Rüstung: «Der Aufwuchskern muss in Ausrüstung und Bewaffnung auf dem gebotenen technischen Stand gehalten werden. Für die Glaubwürdigkeit des Aufwuchskernes sind deshalb auch in Zukunft Investitionen nötig, zum Beispiel die Beschaffung von Genie- und Minenräumpanzern sowie Brückenpanzern zur Sicherstellung der Mobilität, aber auch die Werterhaltung des Kampfpanzers 87 oder die Beschaffung von Simulatoren für eine realistische, umweltschonende und letztlich auch kostengünstige Verbandsausbildung.»

Detailliert ging Nef auf die Task Force als

leistungserbringendes Gesamtsystem ein: «Sie braucht in der Regel Modularbausteine aus allen Gefechtsfeldsystemen. Die grössten Defizite weist das Heer in den Führungs- und Kommunikationselementen (C4I) und den Aufklärungs-, Überwachungs- und Zielbestimmungselementen (ISTAR) auf. Bei der Entwicklung eines ISTAR-Systems des Heeres geht es darum, einen netzwerkartig verbundenen, teilautomatisierten Sensorwirkungsverbund aufzubauen, der es den Kommandanten aller Stufen erlaubt, zeitgerecht über die relevanten Informationen zu verfügen und lohnende Ziele zeitverzugslos zu bekämpfen. Der Aufbau soll in mehreren Teilschritten bis etwa 2015 erfolgen. Ab 2008 bis zirka 2010 soll vorerst der C4I-Bereich realisiert werden.»

Als weiteren wichtigen Entwicklungsbereich nannte Nef Mobilität und Schutz: «Sowohl Sicherungs- als auch Verteidigungskräfte müssen auf dem modernen Gefechtsfeld international anerkannten Ballistikschutz-, Minenschutz- und Mobilitätsgraden genügen.»

Engelberger: Miliz

Edi Engelberger, Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates, ging auf die Bundesratsbeschlüsse vom 11. Mai 2005 ein: «Mit der neuen Reform kann man sich identifizieren. Der Gesamtbestand von 220 000 Armeeingehörigen bleibt. Unangefochten sind auch



das Milizprinzip und die Wehrpflicht.» Zur Rüstung führte Engelberger aus: «Die Weiterentwicklung der Armee bedarf der kontinuierlichen Beschaffung. Es wäre unverantwortbar, die Beschaffung abzubrechen. Eine Wiederaufnahme der Anträge für die beiden Transportflugzeuge ist dann denkbar, wenn die im Ausland eingesetzten Truppen verdoppelt werden. Wichtig ist die konzipierte Vorbereitung der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Der Vorrang liegt bei der Politik. Die Parlamentarier, die für die Landesverteidigung eintreten, müssen sich finden und gemeinsam für die Armee kämpfen.»